

Gremium kritisiert sich selbst

Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte unter starkem Reformdruck

Die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte will Reformen: «Bisher sind wir bei der Umsetzung der Menschenrechte hinter unserem Auftrag zurückgeblieben», räumte Louise Arbor zum Auftakt der diesjährigen Sitzung der Uno- Menschenrechtskommission in Genf ein.

Die Menschenrechtskommission (MRK) steht stärker als je zuvor in ihrer Geschichte in der Kritik und unter Reformdruck. Die aus 53 Staaten bestehende ständige Kommission der Uno-Generalversammlung hat den Auftrag, die weltweite Achtung der Menschenrechte zu fördern, die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu stärken und bei Menschenrechtsverletzungen aktiv zu werden.

«Die Fähigkeit der Kommission, diese Aufgaben zu erfüllen, ist in den letzten Jahren durch nachlassende Glaubwürdigkeit und Professionalität untergraben worden», schreibt der von Uno-Generalsekretär Kofi Annan berufene Expertenausschuss (High Panel) zur Reform der Uno in seinem Ende 2004 vorgelegten Bericht. Über die Vorschläge des High Panel soll die Generalversammlung erste Entscheidungen treffen.

Ausgerechnet Sudan

Das schwierigste und heikelste Thema ist die Zusammensetzung der MRK. Ihre Mitglieder werden im Dreijahresrhythmus von den Regionalgruppen der Generalversammlung bestimmt. «Dieses Verfahren führt dazu, dass in diesem Jahr nur die Hälfte der nach Genf entsandten 53 Regierungsdelegationen tatsächlich an der Stärkung der Menschenrechte interessiert ist, während es den anderen in erster Linie darum geht, Kritik an der Menschenrechtslage in ihren Ländern zu verhindern», kritisiert der Exekutivdirektor der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), Kenneth Roth. Kritisiert wird etwa, dass die afrikanische Regionalgruppe ausgerechnet Sudan zum MRK-Mitglied für die Jahre 2005–2007 bestimmt hat.

In dem Reformvorschlag des High Panel, die Mitgliedschaft in der MRK zu «universalisieren», also auf alle 191 Uno-Staaten auszudehnen, können HRW und andere Menschenrechtsorganisationen allerdings «keinen Fortschritt erkennen». Sie plädieren stattdessen dafür, die Mitgliedschaft eines Staates in der MRK künftig von «inhaltlichen Kriterien abhängig zu machen». Wichtigstes Kriterium wäre die Ratifizierung aller Menschenrechtskonventionen und ihre durch Sonderberichterstatte der Uno überprüfte Erfüllung.

Übereinstimmend fordern alle bisher vorliegenden Reformvorschläge verstärkte Kompetenzen der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte – auch gegenüber dem Sicherheitsrat – sowie deutlich mehr Finanzen für die Menschenrechtsarbeit. Die MRK will in den nächsten sechs Wochen über die Reformvorschläge zwar diskutieren. Vielleicht wird sie sogar im Konsens der Generalversammlung den einen oder anderen Vorschlag zur Annahme empfehlen. Doch alle Zeichen deuten darauf hin, dass die Jahreskonferenz der MRK einmal mehr neuen Stoff liefern wird für Kritik an ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit.

Eine Staatengruppe um China, Sudan, Simbabwe, Indonesien, Myanmar (Burma) sowie Pakistan (auch im Namen anderer islamischer Staaten) kündigte auf der gestrigen Eröffnungssitzung bereits grundsätzlichen Widerstand gegen Länderresolutionen an. Die EU erwägt ernsthaft, in diesem Jahr erst gar keine Resolutionsanträge zur Menschenrechtssituation in Tschetschenien oder China einzubringen, weil «eine Abstimmungsniederlage bei den von Kritik verschonten Regierungen sonst als Sieg und Bestätigung verbucht würde». Und die Menschenrechtsverstösse der USA etwa in Guantanamo sind «ein derart heisses Eisen» – so formuliert es ein EU-Diplomat – dass sie, mit Ausnahme vielleicht von Kuba, wahrscheinlich kein Land ansprechen wird.

Calmy-Rey schlägt Pool vor

Die Schweiz schlägt die Schaffung eines Pools von Menschenrechtsbeobachtern der Uno vor. Das sagte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey vor den Delegierten der Uno-Menschenrechtskommission. Die Schweiz würde aktiv zu einem solchen Pool beitragen, sagte die Aussenministerin. Ausserdem unterstütze die Schweiz die Erhöhung des Budgets des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte. Weiter setze sich die Schweiz langfristig für die Schaffung eines Menschenrechtsrates auf der gleichen Stufe wie der Uno-Sicherheitsrat ein. (sda)

